Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 87 (2007)
Heft: 11

Artikel: Der Mensch als Entscheidungswesen
Autor: Spindler, Jürg de
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-167851

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

wieder einmal erhöht worden waren, beleuchtet die Ironie der SRG-Botschaft, sie stehe *«ausschliesslich im Dienst der Allgemeinheit»* und verfolge *«keinen Gewinnzweck»*.

Das Privileg, Monopolist zu sein, wird immer dazu führen, dass nur bestimmte Individuen profitieren, insbesondere die Kader und Angestellten der «öffentlichen» Unternehmen. So kann ein Unternehmen des Service public durch überhöhte Honorare und Löhne, luxuriöse Büroeinrichtungen und Dienstwagen oder grosszügige Spesenkonten und weitere Privilegien seine durch Zwangsfinanzierung erzielten Überschüsse leicht in Kosten umwandeln.

Ein weiterer Versuch, Service-public-Dienstleistungen zu rechtfertigen, beruht auf der wissenschaftlich fragwürdigen Theorie der «öffentlichen Güter». In der Praxis sind solche Güter nicht identifizierbar, weil es nicht um objektive Tatsachen, sondern um subjektive Wertschätzungen geht. Ein Gut ist ein solches nur für Leute, die es als solches anerkennen. Angesichts der Unterschiedlichkeit der individuellen Präferenzen ist es praktisch unmöglich, dass alle Einwohner eines Landes unter einem Gut dasselbe verstehen. Und ebenso unmöglich ist es, dass sie wünschen, es möge für sie in gleicher Art und Menge wie für alle anderen hergestellt werden.

Es ist also ungerecht, dass bestimmte Personen für eine audiovisuelle Dienstleistung bezahlen sollen, die sie nicht konsumieren möchten, und zwar egal, ob dabei andere zufriedengestellt werden oder nicht. Wenn die SRG ihre Dienstleistungen durch Zwang finanziert, ermöglicht dies einfach gewissen Leuten, den Preis ihrer Präferenzen auf andere abzuwälzen.

Genauso verhält es sich bei den Poststellen. Jeder möchte selbstverständlich eine Post, aber möglicherweise auch ein Kino, einen Supermarkt oder gar eine Oper in seiner Nachbarschaft. Für die freie Wahl des Wohnorts, mit all seinen Vor- und Nachteilen, sollten allerdings nicht andere aufkommen müssen. Postdienstleistungen sind bereits zu Hause, über das Internet, in Lebensmittelläden, Papeterien, Tankstellen verfügbar. Es dürfte kaum Zweifel daran bestehen, dass auf einem freien Markt solche und weitere Lösungen spontan aufkommen würden.

Anhänger des Service public hätten im übrigen nichts von der Liberalisierung «öffentlicher» Unternehmen zu befürchten. Sollten fragliche Dienstleistungen von der Bevölkerung tatsächlich gewünscht werden, lassen sie sich ohne Schwierigkeiten freiwillig – d.h. über den Gebrauch – finanzieren. Wenn nicht, dann war es genau das Ziel des vorgeblichen Service public, missbräuchlich einen Teil der Bevölkerung für die Präferenzen eines anderen Teils bezahlen zu lassen. Die freie Wahl der Konsumenten wiederherzustellen erscheint daher als ökonomisches und moralisches Gebot.

Pierre Bessard, geboren 1975, ist Direktor des Institut Constant de Rebecque in Lausanne.

Disziplinen durchbrechen statt wissenschaftliche Privilegien hüten: ein Plädoyer für die Allgegenwart der Ökonomie.

Der Mensch als Entscheidungswesen

Jürg de Spindler

Viele Menschen bilden sich viel darauf ein, Inseln zu schaffen, in denen das ökonomische Kalkül keinen Platz hat – womit sie, nebenbei bemerkt, bloss beweisen, dass sie weiterhin kalkulieren. Die unser aller Leben durchdringende Ökonomie hat jedenfalls eine schlechte Presse. Und die Disziplin, die sich mit diesen ökonomischen Prozessen befasst – die Ökonomik –, steht in der Kritik, weil sie reduktionistisch argumentiere und imperialistisch auftrete. Nun, woher rühren diese Abwehrreflexe?

Die Ökonomik gehört zu den Sozialwissenschaften, die sich auf Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens spezialisiert haben. Dieses vielschichtige Forschungsobjekt umfasst, zum einen, rechtliche und soziale Normen, wirtschaftliche An- und Abreize sowie institutionelle Rahmenbedingungen, kurz, jenen von Menschen definierten Rahmen, innerhalb dessen Individuen agieren und reagieren. Zum anderen richtet sie ihr Augenmerk auf die Bedürfnisse oder Motive jeder einzelnen Person als Bestandteils des gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Die Ökonomik hält sich also nicht an herkömmliche Grenzziehungen zwischen Disziplinen. Sie unterminiert die Unterteilung in verschiedene Forschungszweige, die den vielfältigen Facetten des gesellschaftlichen Zusammenlebens entsprechen: Rechtswissenschaften, Politologie, Ethnologie, Soziologie, Psychologie. Und so erstaunt es nicht, dass sie den Widerstand aller Vertreter dieser Disziplinen auf sich zieht. Wer das «Forschungsgebietskartell» durchbrechen will, sorgt eben für Unruhe.

Traditionellerweise ist die Ökonomik dazu da, die Gründe für Arbeitslosigkeit und Inflation zu erkunden, Vor- und Nachteile von Freihandel bzw. Protektionismus aufzuzei-

gen und optimale Steuersätze zu berechnen. Zugleich befasst sie sich mit Religion, Familienstrukturen, kulturellen Unterschieden, Kunstmärkten und Philanthropie. Reines imperialistisches Gehabe? Oder eher Folge eines missverstandenen Bildes, das bisher von ihr gezeichnet wurde?

Klarheit verschafft die Frage nach dem Kernthema der Ökonomik. Im Zentrum stehen Entscheidungssituationen, in denen Menschen zwischen Handlungsalternativen wählen, wobei die finanziellen, zeitlichen und intellektuellen Ressourcen beschränkt sind. Wenn etwa eine Person gemeinnützig tätig sein will, kann sie einerseits zwischen verschiedenen Einsatzmöglichkeiten im Rahmen von Vereinen, Stiftungen und weiteren Nichtregierungsorganisationen (NGO) wählen, verfügt jedoch anderseits über beschränkte zeitliche Ressourcen. Oder ein öffentliches Amt ist einerseits mit der Finanzierung spezifischer Projekte beauftragt, die ihm zuhauf unterbreitet werden, hat aber dazu anderseits ein limitiertes Budget zur Verfügung. Oder ein bekannter Facharzt mit erfolgreichem Leistungsausweis wird einerseits von verschiedenen Seiten um seiner Fähigkeiten willen angefragt, kann jedoch anderseits naturgemäss pro Tag nur eine beschränkte Anzahl Operationen ausführen. Oder, als letztes Beispiel: der Zugang zu einer Hochschulausbildung soll einerseits möglichst allen fähigen Willigen ermöglicht werden, die Mittel der Hochschulen sind anderseits begrenzt.

Die Liste solcher Entscheidungssituationen liesse sich beliebig fortführen. Sie zeigt eines ganz deutlich: eine Forschungsrichtung, die sich auf diese Fälle spezialisiert hat, lässt sich nicht auf einen einzigen Gesellschafts- oder Wirtschaftsbereich beschränken. Mit anderen Worten ist die Ökonomik eine Disziplin, die sich treffender über ihre Methodik als über ihren Anwendungsbereich definieren lässt: sie ist eine Entscheidungswissenschaft.

Der Ansatz der Ökonomik muss zwei grosse Hürden überwinden. Die eine hängt mit dem weiter oben erwähnten «Gebietskartell» zusammen, das Persönlichkeiten und Institutionen dazu motiviert, sich für die Verteidigung der Demarkationslinien zwischen den Disziplinen einzusetzen. Diesem interessengeleiteten Phänomen steht die andere Hürde gegenüber: die intuitive Einteilung der menschlichen «Umwelt» in eine liebliche, uneigennützige Hälfte und eine unliebsame, berechnende Hälfte. Verstärkt wird diese Dichotomie dadurch, dass die Handlungsmotive der ersten Hälfte moralisch als höher eingestuft werden als jene der zweiten.

Man kann sich in seiner Disziplin verschanzen oder sich moralisch aufrüsten – man kann die Überschreitung der Grenzen aber auch als erkenntnisreich und inspirierend erleben. Wer die Ökonomik als Entscheidungswissenschaft versteht, kann dazu beitragen, Fragen verschiedenster Gesellschafts- und Wirtschaftsbereiche klarer einzugrenzen und Lösungswege zu entwickeln. Dieses Potential zu erschliessen, stellt zwar die übliche Aufgabenteilung der Disziplinen in Frage, ermöglicht jedoch allen Betroffenen im Sinne einer Herausforderung, sich auf die eigenen Kernkompetenzen neu zu besinnen – sowohl im wettbewerblichen als auch im kooperativen Sinn.

Ökonomie ist überall, wo der Mensch ist. Vergessen wir die Privilegien, lassen wir die Moral und versuchen wir zu verstehen. Mehr Mut zur ökonomischen Betrachtung!

Jürg de Spindler, geboren 1969, promovierte in Zürich in politischer Ökonomie und ist Inhaber von thinktankpraxis.ch in Baar.

Inserat Sihldruck

(85mm hoch)